

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 08.11.2007	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat III Amt: Agenda-Büro	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss	☐ OBW bei abschl. Beschluss- fassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Öffentlich: ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2007/0599 Magistratsbeschluss-Nr.

Betreff: Position zu Kohlekraftwerks-Planungen in Deutschland und Aufruf für effiziente
Stromnutzung und erneuerbare Energien

Vorlage vom: 5.11.2007

Beschlussvorschlag:

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt unterstützt die Position des Klima-Bündnisses zu den Planungen von Kohlekraftwerken in Deutschland und verpflichtet sich weiterhin zu effizienter Stromnutzung und der Förderung erneuerbarer Energien.

Als Mitglied des Klimabündnisses unterzeichnet die Wissenschaftsstadt Darmstadt auch vor dem Hintergrund des eigenen städtischen Klimaschutzkonzeptes das Positionspapier des Klima-Bündnisses.

Anlagen:

Beschluss des Magistrats vom

Begründungsseite zur MV 2007/0599:

0. Das Klimaschutzkonzept der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Die Stadt Darmstadt verursachte im Jahr 2000 rund 1,54 Millionen Tonnen (Mio. t) an Treibhausgasen, davon allein 1,46 Mio. t an CO₂. Dies entspricht einem Wert von 11,4 t CO₂-Äquivalente pro Kopf der Bevölkerung, im Vergleich zu 11,8 t/Kopf bundesweit bzw. 0,2% der bundesdeutschen Gesamtemission an Treibhausgasen.

Vor diesem Hintergrund und der Erkenntnis eigener Verantwortung erstellte die Wissenschaftsstadt Darmstadt 2002 ein eigenes Klimaschutzkonzept (KSK), welches Handlungsspielräume aufzeigt und Umsetzungsoptionen identifiziert.

Das KSK fokussiert die wirtschaftlich sinnvollen lokalen Handlungsmöglichkeiten zum Klimaschutz und stellt die Handlungsmaxime zur nachhaltigen CO₂-Minderung im Verantwortungsbereich der Wissenschaftsstadt Darmstadt dar.

1. Situation Kohlekraftwerke

In Deutschland werden aktuell mehr als 20 neue Kohle-Großkraftwerke (Braunkohle und v.a. Steinkohle) mit zusammen mehr als 25.000 Megawatt Leistung geplant.

Nur in den allerwenigsten Fällen soll die Effizienz der Brennstoffausnutzung durch Wärmeauskopplung gegenüber der reinen Stromerzeugung wesentlich verbessert werden.

Kraft-Wärme-Kopplung wird zumeist nicht geplant und wenn, dann meist nur im bisher schon vorhandenen Umfang. Durch den Verzicht auf Kraft-Wärme-Kopplung wird der Brennstoff ineffizient genutzt. Nach den bisherigen Planungen könnten die jährlichen CO₂-Emissionen damit in Deutschland um bis zu 120 Millionen Tonnen steigen. Die Wirkungen auf das Klima treffen vor allem auch die indigenen Völker in Amazonien.

Die Bundesregierung vertraut in ihrem Eckpunktepapier für ein integriertes Energie- und Klimaprogramm darauf, dass die im Zuteilungsgesetz deutlich gesenkten Obergrenzen für die Emissionen von Kohlendioxid gewährleistet, dass die nationalen Klimaschutzziele eingehalten werden.

Sie verweist darauf, dass der nationale Mix der Energieträger nicht durch die Bundesregierung festgelegt werde, sondern das Ergebnis der Entscheidungen der verantwortlichen Akteure auf Grundlage der nationalen und europäischen Rahmenbedingungen sei.

Es fehlen ein klares Bedarfskonzept und ein Rahmenplan für die sinnvolle und notwendige klimaverträgliche Entwicklung des Kraftwerksbestands in Deutschland, so dass die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmen nicht den volkswirtschaftlichen Erfordernissen gerecht werden (können).

Der stattfindende Konzentrationsprozess in der Stromwirtschaft begünstigt den Aufbau großer Kraftwerkskomplexe ohne Kraft-Wärme-Kopplung.

2. Lösungsansätze

Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und zum Klimaschutz ist ein langfristiges Konzept auf Bundesebene für den Bedarf an Kraftwerksleistung erforderlich.

Die Prognosen über mögliche Entwicklungen und das Vertrauen auf die Mechanismen des Emissionshandels reichen hierbei nicht, es muss auf die anerkannten Ziele aktiv hin gearbeitet werden.

Das Klimapaket der Bundesregierung gibt hierzu keine Konkretisierung. Die neuen Kohlekraftwerke sind durchaus effizienter als ältere Anlagen. Für eine zukunftsweisende und sichere Energieversorgung reicht dies allerdings nicht aus.

Das langfristige Ziel einer CO₂-neutralen Stromerzeugung muss durch begrenzende und flankierende Maßnahmen unterstützt und in einem kontinuierlichen Prozess angestrebt werden.

Erdgaskraftwerke haben nur halb so hohe CO₂-Emissionen, dies gilt für große Gas- und Dampfkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung und für dezentrale Erdgas-Blockheizkraftwerke.

Die Rahmenbedingungen sollten daher auch weiterhin eine wirtschaftliche Stromerzeugung ermöglichen.

Neue Stromerzeugungsanlagen sollten zunehmend aus erneuerbaren Energien gespeist werden, z.B. aus Windkraftanlagen, Biomasseheizkraftwerken, aus Wasserkraft und Solarenergie.

Mit der effizienten Nutzung erneuerbarer Energien sinken die CO₂-Emissionen fast auf Null. Darüber hinaus werden Kraftwerke mit regenerativen Energien überwiegend dezentral gebaut und fördern die regionale Wirtschaft; die Wertschöpfung bleibt also in der Region.

3. Aufruf der unterzeichnenden Kommunen im Klima-Bündnis „Alianza del Clima e.V.“

Das Klima-Bündnis „Alianza del Clima e.V.“ hat vor dem Hintergrund der Ausgangssituation (Ziffer 1) und den Lösungsansätzen (Ziffer 2) in der siebten Kommunalen Klimaschutz-Konferenz am 28. September 2007 in Rostock ein Positionspapier/einen Aufruf zu diesem Thema beschlossen und

- die Mitgliedskommunen aufgerufen, dieses Positionspapier/diesen Aufruf zu unterzeichnen
- die Mitgliedskommunen gebeten, diesen Aufruf gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden und den politischen Parteien auf Landes- und Bundesebene zu vertreten.

Unter Einbezug der Ziffern 1 und 2 der Begründungsseite dieser Magistratsvorlage fordern die Mitgliedskommunen des Klima-Bündnisses, und damit nach Beschlussfassung durch die städtischen Gremien auch die Wissenschaftsstadt Darmstadt,

- die Entwicklung einer langfristigen Energieversorgungsstrategie der Bundesregierung zum Umstieg auf klimaverträgliche Stromerzeugungsarten.
- Dies kann durch verbindliche Vereinbarungen ergänzt werden, die mit Fristen für die Nutzung fossil befeuerter Kraftwerke, Ausstiegszenarien entsprechend dem Atomkonsens, Festlegungen zu Effizienzwerten und grundsätzlicher Festlegung auf Kraft-Wärme-Kopplung verbunden sind.
- Neue thermische Kraftwerke dürfen nur als Kraft-Wärmegekoppelte Anlagen und nur dort gebaut werden, wo lokal oder regional der Absatz der erzeugten Wärme gewährleistet ist.
- Für neue Kohlekraftwerke dürfen keine zusätzlichen Emissionszertifikate zugeteilt werden.
- Es werden lokale Möglichkeiten genutzt, um den Ausbau vorhandener und den Aufbau neuer (Fern-) Wärmenetze mit Kraft-Wärme-Kopplung, den Bau von Blockheizkraftwerken, den Bau von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in unseren Kommunen und Regionen zu propagieren, zu fördern oder in eigener Regie zu realisieren.
- Die Kommunen werden sich dafür einsetzen, durch Stromsparprogramme den Strombedarf zu mindern und die effiziente Nutzung von Strom zu fördern.
- Dafür muss die Bundesregierung geeignete Rahmenbedingungen schaffen.
- Die Kommunen rufen zugleich die Bundesregierung auf, durch die Änderung diesbezüglicher Gesetze, wie der Energieeinsparverordnung, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes und durch Einführung neuer Instrumente, wie z.B. einem Energieeffizienzfonds, die Aktivitäten der Kommunen bzw. der lokalen Bürgerschaft und Wirtschaft zu unterstützen.
Auf lokaler oder regionaler Ebene soll die Brennstoffausnutzung durch Einbeziehung aller Energieverbraucher, auch der Unternehmen, in Wärmeverbundnetze wesentlich gesteigert werden.
- Die Kommunen rufen die Bundesregierung auf, das Planungs- und Genehmigungsrecht dahingehend zu ändern, dass neue thermische Kraftwerke, die Wärme in elektrische Energie umwandeln, nur dann errichtet werden dürfen, wenn eine effiziente Brennstoffausnutzung durch Nutzung der anfallenden (Ab-)Wärme gewährleistet ist.
- Die Bundesländer werden aufgerufen, die Städte und Gemeinden in ihren Aktivitäten für den Klimaschutz zu unterstützen.

Darmstadt, den 09.10.2007

AZ: III – 561-Alianza del Clima

Der Dezernent III

Klaus Feuchtinger
Stadtrat